

Volksabstimmung

Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung - Politik für die Menschen

Dr. Helmut Fleck, einziger Volksvertreter im Rat der Kreisstadt Siegburg und im Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises, Gneisenaustraße 52c, 53721 Siegburg, Tel./Fax: 0 22 41 - 5 28 30

Internetseite: www.demokratie-durch-volksabstimmung.de, E-Mail: info@helmut-fleck.de

Wir fragen die Bürger zur Asyl- und Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin, zur Familien-, Renten- und Gesundheitspolitik

Liebe Freunde der direkten Demokratie, Basisdemokratie, Volksabstimmung, ...



„Wir sind ohne Vorbehalte für Volksabstimmungen nach dem Vorbild der Schweiz!“ Mit Volksabstimmungen hätten wir keinen Euro (Teuro), müssten wir nicht für die Schulden der anderen EU-Länder haften, hätten wir keine Auslandseinsätze der Bundeswehr, keine Masseneinwanderung und könnten die Freihandelsabkommen (TTIP, CETA, TISA), Genmais, ... abwehren. Deutschland ist das einzige EU-Land, in dem Volksabstimmungen zu wichtigen Sachfragen und umwälzenden Reformen **nicht** zugelassen sind.

Wir wollen das nicht länger hinnehmen! Wir befragen Sie hier zur aktuellen Tagespolitik. Wir bringen Ihr Anliegen/Abstimmungsergebnis mit Anträgen und Anfragen in die politischen Entscheidungsgremien (Gemeinderat, Stadtrat, Kreistag, Landtag, Bundestag, EU-Parlament, ...) und stimmen dort genau so ab, wie Sie es uns hier mehrheitlich aufgeben.

Der Widerstand gegen die verfassungswidrige Masseneinwanderung der Bundeskanzlerin wächst. Renommierete Staatsrechtler und Ökonomen kritisieren die Asyl- und Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin scharf: „Historischer Rechtsbruch“ (Prof. Udo Di Fabio), „Die sechs Denkfehler der deutschen Flüchtlingspolitik“ (Prof. Hans-Werner Sinn), „Herrschaft des Unrechts“ (Ministerpräsident Horst Seehofer), ...

Wir haben für Sie Verfassungsbeschwerde eingereicht und diese Anträge gestellt:

1. **Sofortige Rückgängigmachung aller rechts- und verfassungswidrigen Maßnahmen,**
2. **sofortige Schließung der Grenzen,**
3. **Festlegung einer Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen gemäß dem Völkerrecht (Genfer Flüchtlingskonvention) von einmalig 0,25 % der Einwohnerzahl (also einmalig max. 200.000 für Deutschland, 100 für Siegburg bei 40.000 Einwohnern),**
4. **konstruktives Misstrauensvotum gegen die Bundeskanzlerin gemäß Art. 67 GG.**

Das Bundesverfassungsgericht hat unsere Beschwerde jedoch nicht zur Entscheidung angenommen, die Verfassungsbeschwerde von Herrn Prof. Dr. jur. Karl Albrecht Schachtschneider übrigens auch nicht. Die Schriftsätze zu unserer Verfassungsbeschwerde vom 19.01.2016 ff. und auch die Antwort des Bundesverfassungsgerichts finden Sie auf unserer Internetseite: www.demokratie-durch-volksabstimmung.de unter „Programme/PDF“.

Bürgerbefragung der Bürgerinitiative „Mehr Demokratie wagen im Landkreis Passau“

(Fragen 1 bis 4) <http://www.trp1.de/mehr-demokratie-wagen-im-landkreis-passau/>

Mißbilligen Sie, dass die Bundeskanzlerin Millionen Zuwanderer hereinschleust (§ 96 (1) Aufenthaltsgesetz, Art. 16a (2) GG)? Ja Nein

Sind Sie für einen sofortigen Zuwanderungsstopp, unabhängig davon, ob dies derzeit gesetzlich möglich ist? Ja Nein

Soll meine Gemeinde die Aufnahme von Zuwanderern, Asylsuchenden und Flüchtlingen einstellen, soweit sie vom Bund oder Land nicht bezahlt wird?

Ja Nein

Soll meine Gemeinde vor dem Bau oder der Genehmigung von Gemeinschaftsunterkünften eine Befragung der Bürger durchführen?

Ja Nein

Jede Gemeinde muss letztverbindlich durch Bürgerentscheid festlegen können, ob und ggf. wann sie welche und wie viele Zuzügler aufnimmt (Punkt 21 Wahlaussagen „Volksabstimmung“).

Ja Nein

Mißbilligen Sie, dass im Rahmen des EU-Türkei-Abkommens zur Rückführung der illegal nach Griechenland eingereisten Flüchtlinge im Gegenzug **500.000 Syrer** direkt aus der Türkei nach Deutschland umgesiedelt werden?

Ja Nein

Mißbilligen Sie die Aufhebung der Visapflicht zwischen der Türkei und EU Ende Juni 2016, weil davon auszugehen ist, dass dann sofort bis zu **500.000 Kurden** visafrei aus der Türkei nach Deutschland kommen?

Ja Nein

Soll in den sog. Freihandelsabkommen TTIP, CETA, TISA geregelt werden, dass sich Unternehmen, die in der BRD tätig sind, deutschen Gerichten unterordnen, statt dass Rechtsanwälte in Amerika über Bund, Länder und Gemeinden der BRD richten?

Ja Nein

Familien mit Kindern sollen weitgehend von Steuern und Abgaben entlastet werden (Punkt 5 Wahlaussagen „Volksabstimmung“).

Ja Nein

Dem Fachkräftemangel durch eigene Nachwuchsförderung und Geburtenanreize begegnen statt Zuwanderung fördern.

Ja Nein

Pensionen und Renten **gleich** behandeln (Art. 3(1) Grundgesetz, Punkt 11 Wahlaussagen „Volksabstimmung“).

Ja Nein

Aus **allen** Einkunftsarten, also auch aus **Kapital**, müssen Beiträge ins „Soziale Netz“ gezahlt werden (Schweizer Modell), nicht nur aus **nichtselbständiger Arbeit** (Punkt 4 Wahlaussagen „Volksabstimmung“).

Ja Nein

Wollen Sie, dass im Gesundheitswesen Naturheilverfahren mit der Schulmedizin gleichgestellt werden und Naturheilverfahren auch von den Kassen übernommen werden (Punkt 12 Wahlaussagen „Volksabstimmung“)?

Ja Nein

Ihre Antworten senden Sie uns bitte an die umseitige Anschrift per Post, oder E-Mail. Kopieren Sie bitte diese Bürgerbefragung und verbreiten sie in Ihrem Bekanntenkreis. Wenn Sie weitere Informationen (Rundschreiben) haben möchten, tragen Sie sich bitte hier ein: Name, Vorname, Anschrift, E-Mail:

.....
.....
Haben Sie Anregungen und Vorschläge?
.....